

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und  
der Fraktion der FDP**

### **zu der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Die ehemalige Bundesregierung aus SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nach 7 Jahren Regierungsverantwortung eine dramatische Schlussbilanz hinterlassen: Knapp 5 Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos. Hinzu kommen über 1,3 Millionen Menschen, die sich in Betreuungsprogrammen der Arbeitsverwaltung befinden sowie weitere Hunderttausende, die sich enttäuscht zurückgezogen haben. Fast 7 Millionen Menschen – die höchste Zahl seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland – sind ohne Arbeit. Deutschland ist zum wirtschaftlichen Schlusslicht in Europa geworden. Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands, die anhaltende Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit sind das Ergebnis längerfristiger politischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Sie sind in den letzten Jahren lediglich zunehmend deutlich geworden. Die bisherigen Fehlentwicklungen liegen vor allem in immer mehr staatlichen Eingriffen und Regulierungen, die den Wettbewerb, die Eigeninitiative und die Selbstverantwortung zunehmend verdrängt haben. Die Staatsquote ist von 32 Prozent zu Beginn der 60er Jahre auf heute etwa 50 Prozent gestiegen. Die steigenden Steuern und Abgaben und die steigende Staatsverschuldung sind die Konsequenz aus einem Übermaß an Verteilung in nahezu allen Systemen, eine damit verbundene Undurchschaubarkeit und eine Lähmung der Eigeninitiative.

Die bisherigen Reformansätze in Deutschland sind zu kurzatmig, um wirklich neue Perspektiven und Vertrauen zu schaffen. Die Agenda 2010 deutete zwar einen Wechsel in Richtung von mehr Markt an, aber der Weg zu Wettbewerb und Eigenverantwortung wurde zu zögerlich beschritten.

In diesem Jahr wird das Wachstum voraussichtlich erneut unter 1 Prozent bleiben. Es droht also die Rückkehr zum faktischen Stillstand der letzten Jahre. Alle 15 Minuten geht in Deutschland eine Firma Pleite. Unser Land zehrt von der Substanz. Seit 2002 sind die öffentlichen Finanzen völlig aus dem Ruder gelaufen. Trotz niedriger Zinsen wird die Zinslast – ohne Einbeziehung möglicher Zinserhöhungen – in den kommenden 4 Jahren von aktuell 39 Mrd. Euro auf über 45 Mrd. Euro ansteigen. Lag der Schuldenstand Deutschlands 1999 bei rd. 60 Prozent, liegt er 6 Jahre später bereits bei 65 Prozent. Die Entwicklung seit 1999 ist nicht linear. Hält sie weiter an, wird Deutschlands Schuldenstand in 2 Dekaden 100 Prozent des Bruttoinlandprodukts erreichen. In jeder Stunde eines Tages kommen zu dem bestehenden Schuldenberg 6 Mio. Euro neue Schulden hinzu. Diese Hypothek lastet schwer auf Deutschlands Zukunft.

Es gilt nun, das Land aus seiner tiefen Krise zu führen. Deutschland braucht eine realistische Politik für mehr Arbeitsplätze, für mehr Wachstum und für solide Staatsfinanzen und damit für eine fundierte, verlässliche soziale Sicherheit. Nur ein klarer Kurswechsel kann Deutschland vor dem Abstieg bewahren und zu neuer Stärke führen. Notwendig ist ein über mehrere Jahre angelegtes, in der Sache überzeugendes Modernisierungsprogramm für die Bundesrepublik Deutschland. Es geht um Erwirtschaften vor Verteilen, Freiheit vor Gleichheit, Privat vor Staat, Eigenverantwortung statt Staatsgläubigkeit, Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Politik muss auf die Reduzierung von Standortkosten bei Steuern und Abgaben abzielen. Sie muss Freiräume schaffen und die Regelungsdichte zurückführen. Sie muss forschungs- und bildungspolitische Impulse positiv begleiten. Die Tarifvertragsparteien müssen aus dem Festhalten an Flächentarifen heraus. Nicht nur Unternehmen stehen im Wettbewerb, sondern auch jeder Arbeitsplatz. Die Bürger müssen sich schließlich neu zwischen Ansprüchen und eigener Verantwortung zum Erhalt sozialer Sicherheit und Freiheit entscheiden. Es gibt keinen Staat, der für die Menschen mehr tun könnte, als sie für sich selbst tun könnten und sollten. Eine verantwortungsvolle Politik muss die Chancen Deutschlands nutzen, damit mehr Wachstum und mehr Arbeit entstehen können. Sie muss die Menschen ermutigen. Die Menschen in Deutschland müssen wieder erfolgreich ihre Chancen wahrnehmen können. Es geht um die Jungen, die ihren Weg in das Berufsleben suchen. Es geht um die Mütter und Väter, die wirtschaftliche Sicherheit für ihre Familien brauchen. Es geht um die älteren Arbeitnehmer, auf deren Erfahrung unsere Gesellschaft nicht verzichten kann. Und es geht um die alten Menschen, die sich ein langes Arbeitsleben hindurch ein Recht auf einen gesicherten Lebensabend erworben haben.

Vorrangig müssen wir folgende zentrale Aufgaben angehen:

#### 1. Arbeit hat Vorfahrt

Erstes und wichtigstes Ziel ist die Belebung des Arbeitsmarktes in Deutschland. Die dringend notwendigen Impulse auf dem Arbeitsmarkt müssen von 2 Seiten angegangen werden: Wegräumen von Blockaden auf dem Arbeitsmarkt und Weichenstellungen für mehr Wachstum. Denn Arbeit schafft Wachstum und Wachstum schafft Arbeit.

Doch die Koalitionsvereinbarung ist kein Wachstumsprogramm. Sie ist Resultat einer besseren Haushaltsverhandlung. Die Kassenlage diktiert die politischen Inhalte. Ein wirtschafts- und ordnungspolitisches Leitmotiv ist nicht zu entdecken. Ein ganzheitliches Konzept zur Erneuerung Deutschlands wird auch deshalb nicht vorgelegt, weil große Reformblöcke wegen unüberbrückbarer Differenzen fast vollständig ausgeklammert werden. Statt Strukturreformen anzupacken, wird das Heil in Konjunkturmaßnahmen gesucht.

Die Wettbewerbspolitik, das Herzstück jeder Wirtschaftspolitik, war der Koalition von CDU, CSU und SPD nicht einmal einen eigenen Abschnitt im Koalitionsvertrag wert. Wettbewerb ist aber für die soziale Marktwirtschaft fundamental. Wettbewerb sorgt für Dynamik, faire Preise und Innovation. Doch davon hält die Koalition offensichtlich wenig. Stattdessen verspricht die neue Bundesregierung Wettbewerbsausnahmen etwa im Pressekartellrecht oder der Breitbandverkabelung. Eine ordnungspolitische Linie ist dabei nicht zu erkennen.

Die Koalition ist offensichtlich in keynesianischem Denken verhaftet. Sie setzt auf positive Konjunkturreffekte im Jahre 2006 durch die Vorzieheffekte der angekündigten Mehrwertsteuererhöhung und bei den Investitionen wegen der befristeten Verbesserung der Abschreibungsbedingungen. Mit einer solchen wirtschaftspolitischen Strategie ist Japan in den 90er Jahren gescheitert. Es

wurden allenfalls konjunkturelle Strohfeuer entfacht, denen hinterher drastische Wachstumseinbußen folgten.

Auch für Deutschland ist ein Erfolg zweifelhaft. Dem Vorzieheffekt des Konsums steht wahrscheinlich eine Erhöhung der Sparquote gegenüber, weil die Menschen für die angekündigte Steuererhöhung Geld zurücklegen. Ob in einer solchen gesamtwirtschaftlichen Lage die Abwartehaltung bei den Investitionsentscheidungen der Unternehmen nachlässt, ist mehr als zweifelhaft.

CDU, CSU und SPD haben sich in ihrer Koalitionsvereinbarung an die dringend notwendigen Reformen im Arbeitsrecht nicht herangetraut. Mit dem Kompromiss, dass der gesetzliche Kündigungsschutz bei Neueinstellungen erst nach 2 Jahren greift, ist im Interesse der Arbeitslosen kaum etwas gewonnen, da er nicht über die bereits heute bestehende Rechtslage hinausgeht. Um die Bereitschaft der Unternehmen zur Einstellung neuer Mitarbeiter zu steigern, wäre der richtige und wesentliche Schritt gewesen, den Schwellenwert des Kündigungsschutzgesetzes deutlich anzuheben und die Abwicklung von Arbeitsverhältnissen bei arbeitgeberseitiger betriebsbedingter Kündigung durch die Aufnahme einer Optionsregelung zu vereinfachen und zu beschleunigen. Bei der gefundenen Minimallösung bleibt es dabei: Nach wie vor schützt das Kündigungsschutzgesetz zwar die Inhaber eines Arbeitsplatzes, erschwert aber Arbeitsuchenden den Einstieg in den Arbeitsmarkt. Die zeitgleiche Abschaffung der sachgrundlosen Befristung bis 2 Jahre macht das Ganze zu einem Nullsummenspiel.

Für die Schaffung von Arbeitsplätzen muss dringend eine größere Differenzierung nach Sektoren und Regionen bei Löhnen und Arbeitszeiten erreicht werden. Sie müssen sich an den betrieblichen Notwendigkeiten orientieren können. Das entspricht einer der wichtigsten Vorstellungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Es ist daher für den Arbeitsmarkt fatal, dass keine Einigung im Streit über betriebliche Bündnisse erreicht wurde. Notwendig ist die gesetzliche Absicherung betrieblicher Bündnisse für Arbeit durch Lockerungen im Tarifvertragsgesetz.

Eine Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte ist der richtige Ansatz, um Impulse für mehr Arbeitsplätze zu setzen. Falsch ist es jedoch, wie in der Koalitionsvereinbarung vorgesehen, dies mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer und damit neuen Belastungen für die Bürger und Unternehmen zu verbinden. Die teilweise Nutzung der Mehrwertsteuererhöhung zur Beitragssenkung nimmt den Druck für dringend notwendige Strukturveränderungen bei der Bundesagentur für Arbeit.

In den anderen sozialen Sicherungssystemen – Rente, Gesundheit und Pflege – versäumt die Koalition dringend notwendige Reformmaßnahmen und kann daher keinen Beitrag zu einer nachhaltigen Senkung der Lohnnebenkosten leisten. Im Gegenteil werden Erhöhungen der Lohnnebenkosten angekündigt. Statt in der Rentenpolitik den notwendigen Einstieg in die kapitalgedeckte Altersvorsorge verstärkt zu fördern, schreibt der Koalitionsvertrag das Umlageverfahren und die gesetzliche Rentenversicherung (RV) explizit als wichtigste Säule der Alterssicherung fest. Der Beitrag zur Rentenversicherung soll dafür 2007 auf 19,9 Prozent erhöht werden. Die heutige gesetzliche Krankenversicherung (GKV), die auf dem Umlageverfahren basiert und hauptsächlich aus Löhnen und Gehältern finanziert wird, belastet die Lohnzusatzkosten und gefährdet dadurch Arbeitsplätze, benachteiligt die nachwachsenden Generationen und ist nicht geeignet, die Herausforderung des medizinischen Fortschritts ohne Rationierung und/oder drastisch steigende Beitragssätze zu bewältigen. Notwendig ist deshalb eine grundlegende Reform, die auf leistungsgerechte, lohnunabhängige Prämien mit Altersrückstellungen abstellt, den Katalog der zu versichernden Grundleistungen auf das medizinisch unbedingt Notwendige beschränkt und durch eine Auszahlung der Arbeitgeberbeiträge Planungssicherheit für die Unternehmen gewährleistet.

Der Koalitionsvertrag enthält keinen Vorschlag für eine nachhaltige, der demografischen Herausforderung gewachsene Finanzierung der chronisch defizitären sozialen Pflegeversicherung, jedoch eine Vielzahl von Leistungsausweitungen. Erst wenn jedoch die nachhaltige Finanzierung sichergestellt ist, und die ist nur über den von der FDP vorgeschlagenen gleitenden Übergang in ein kapitalgedecktes Versicherungssystem realisierbar, besteht ein Spielraum zur Dynamisierung und Ausweitung der Leistungen.

Die derzeitige Ausgestaltung des Hartz IV-Gesetzes (SGB II) weist viele Mängel auf. Daher ist der Ansatz der Koalitionsvereinbarung durchaus richtig, dass Änderungen an der Hartz IV-Reform kurzfristig vorgenommen werden sollen, z. B. durch Bekämpfung von Leistungsmissbrauch. Die Koalition beseitigt damit Fehler, die zu den drastischen Mehrausgaben geführt haben. Keine entscheidenden Änderungen werden jedoch zur Lösung des Grundproblems vorgenommen, dass nämlich die erzwungene Kooperation zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen bei der Betreuung Langzeitarbeitsloser nicht funktioniert. Im Interesse der Arbeitslosen wäre es richtig gewesen, die Verantwortung für die Vermittlung und Integration Arbeitsloser auf die Kommunen zu übertragen, die dafür, grundgesetzlich abgesichert, einen finanziellen Ausgleich erhalten müssen.

Die Energiepolitik als Standortpolitik ist unter der früheren Koalition der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum reinen Anhängsel der Umweltpolitik geworden. Die ökonomische Bedeutung bezahlbarer Energie für Verbraucher und Unternehmen ist gegenüber den Fragen der Umweltverträglichkeit systematisch vernachlässigt worden. Die jetzige Koalition hat sich entschlossen, diesen energiepolitischen Crashkurs fortzusetzen: Der Kardinalfehler der letzten Jahre, die Verfolgung einer dirigistischen, staatszentrischen Energiepolitik soll unverändert weiterverfolgt werden. So wird am Beschluss zum Ausstieg aus der Kernenergie, der ökonomisch wie ökologisch sinnlos ist, unverändert festgehalten, die Entsorgungsfrage bleibt ungelöst. Die Frage der Subventionierung der deutschen Steinkohle soll auf die lange Bank geschoben werden, das erforderliche Bekenntnis zum Ausstieg aus dieser Subventionierung der Vergangenheit zum frühest möglichen Zeitpunkt im Jahre 2008 fehlt. Und auch im Bereich der Förderung der erneuerbaren Energien mittels der Zwangseinspeisung zu Garantiepreisen über 20 Jahre (Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)) wird die bisherige Linie fortgesetzt, allenfalls sind Angleichungen der Fördersätze für die einzelnen Energieträger vorgesehen. Eine Rückführung der staatlichen Zusatzlasten durch Ökosteuern, Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und EEG ist nicht beabsichtigt. Die notwendige Kehrtwende bleibt also aus, die bisherige Strategie einer dirigistischen Energieverteuerungspolitik wird unverändert fortgesetzt.

Die FDP dagegen setzt auf eine Rückkehr zur energiepolitischen Vernunft. Künftig muss auch die Wirtschaftlichkeit neben der Versorgungssicherheit und der Umweltverträglichkeit gleichrangiges energiepolitisches Ziel sein. Die deutsche Energiewirtschaft sollte sich endlich wieder an Markt und Wettbewerb orientieren. Hierzu muss die staatliche Privilegierung (siehe EEG) bestimmter Energieträger, aber auch der staatlich gewollte Ausschluss anderer Energieerzeugungsarten (siehe Kernenergie) ein Ende haben. Dies sollten unternehmerische Entscheidungen sein. Stattdessen müssen vor allem die wettbewerbsfeindlichen Oligopolstrukturen auf den Strom- und Gasmärkten nachhaltig aufgebrochen werden und die Voraussetzungen für funktionierende Märkte geschaffen werden.

## 2. Neue Steuergesetzgebung

Deutschland braucht einen steuerpolitischen Neuanfang. Ziel muss sein, das deutsche Steuerrecht grundlegend neu zu formulieren und ein Steuerrecht zu schaffen, das wesentlich einfacher ist, das mit niedrigeren Sätzen auskommt, das

auch im internationalen Wettbewerb bestehen kann und das vom Steuerzahler als gerecht empfunden wird.

In der Steuerpolitik gibt es in der Koalition nicht einmal einen Ansatz für eine Strukturreform. Es besteht bei allen Experten breite Übereinkunft darin, dass zum Ausgleich des Wegfalls steuerlicher Vergünstigungen die Steuersätze sinken müssen. Alle Ausnahmen wurden bei ihrer Einführung mit den hohen Steuersätzen begründet. Niedrige Steuersätze sind zudem ein Beitrag für mehr wirtschaftliche Dynamik, mehr Investitionen und Arbeitsplätze. Die Koalition beschränkt sich auf viele kleine Steuererhöhungen durch den Wegfall oder Abbau von Steuervergünstigungen. Dazu gehören die Einschränkung der Pendlerpauschale, die Absenkung des Sparerfreibetrags, die Besteuerung privater Veräußerungsgewinne oder der Wegfall der degressiven Abschreibung bei Immobilien. Einer Absenkung der Tarife wird eine Absage erteilt. Darüber hinaus werden durch die so genannte Reichensteuer sowie die Anhebung von Mehrwert- und Versicherungssteuer auf 19 Prozent Steuern an anderer Stelle erhöht. Steuervereinfachung spielt überhaupt keine Rolle. Das zeigt die Einführung neuer Sondertatbestände, z. B. die vorübergehende Anhebung der Abschreibungssätze für Unternehmen oder eine neue, steuersparende Rücklagemöglichkeit für die Binnenschifffahrt. Die Koalition bekennt sich dazu, durch steuerliche Maßnahmen lenkend in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen.

Deutschland hat in Europa die höchsten Steuersätze für Unternehmen. Trotz jahrelanger Diskussionen und dringenden Handlungsbedarfs wird eine Unternehmensteuerreform erst für 2008 in Aussicht gestellt. Völlig offen bleibt, wie sie inhaltlich ausgestaltet werden soll. Insbesondere zur Gewerbesteuer, die längst hätte abgeschafft werden müssen, gibt es nur vage Äußerungen. Das verunsichert die Wirtschaft im In- und Ausland und zeugt von der Rat- und Mutlosigkeit, mit der die Koalition ihre Arbeit beginnt. Leitlinie der Koalition ist ausschließlich die Erhöhung von Steuern durch den Wegfall von Vergünstigungen. Anstatt die Ursachen für die Defizite im Haushalt zu beseitigen, sollen sie lediglich kurzfristig mit neuen Einnahmen zugeschüttet werden.

Die Steuersätze müssen sinken und zum Ausgleich steuerliche Vergünstigungen abgebaut werden. Vorrangig ist eine Reform der Unternehmensbesteuerung, damit die Belastung der deutschen Unternehmen international wieder wettbewerbsfähig wird. Nur über Anreize für mehr Beschäftigung werden am Ende Haushalte konsolidiert und soziale Sicherungssysteme saniert werden können.

### 3. Solide Haushaltspolitik

Die Verschuldungsfrage muss zu einer Generationenfrage gemacht werden. Das heißt konkret in der Finanz- und Haushaltspolitik, den Generationenvertrag in beide Richtungen auszulegen: So wie wir die Lebensleistungen der älteren Generation zu achten und gegen Angriffe zu verteidigen haben, müssen wir ebenso die Chancen der Jungen und Ungeborenen bewahren. Wechsel zu Lasten kommander Generationen darf es deshalb nicht mehr geben. Dazu gehört, die von der früheren Koalition der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Scheitern gebrachte Föderalismusreform dazu zu nutzen, endlich klare Zuständigkeiten zwischen dem Bund und den Ländern vor allem in den Finanzbeziehungen zu schaffen und Mischfinanzierungen umfassend zurückzuführen. So wie die Bundesländer ein existentielles Interesse an finanzstarken Kommunen haben, hat der Bund ein Interesse an verfassungskonformen Haushalten in den Ländern. Die bestehende Verschuldungsspirale muss auf allen Ebenen durchbrochen und durch eine gemeinsame Konsolidierungsanstrengung ersetzt werden.

Das in der Koalitionsvereinbarung angesprochene, so genannte Konsolidierungsprogramm ist ein einziges „Einnahmeverbesserungsprogramm“. Zwischen Ausgabenminderungen und Einnahmeerhöhungen besteht ein eklatantes Missverhältnis. Im Betrachtungszeitraum 2006 bis 2009 wird der Staat durch die Er-

höhung der Mehrwert- und Versicherungssteuer auf 19 Prozent ab dem 1. Januar 2007, dem Abbau von Steuervergünstigungen, der sog. Reichensteuer sowie Einmal Erlösen u. a. durch die Verbriefung des ERP-Sondervermögens (ERP: Europäisches Wiederaufbauprogramm) und bei den Postunterstützungskassen rd. 150 Mrd. Euro einnehmen. Dem stehen – berücksichtigt man die Lastenverschiebungen in die Sozialkassen (Abbau Pauschalabgeltung versicherungsfremder Leistungen an die GKV und Reduzierung Hartz-Zuschuss an die RV) – an „echten“ Minderausgaben 15 Mrd. Euro gegenüber. Angesichts eines 10:1-Verhältnisses führt der Begriff „Sparpaket“ völlig in die Irre. Zudem ist abzusehen, dass mit dem „Verschiebepark Sozialkassen“ die Beitragssätze für die Versicherten weiter steigen werden. Statt den Staatshaushalt konsequent durch Einsparungen bei Subventionen, Staatskonsum und Leistungen zu sanieren, wollen CDU, CSU und SPD den konjunkturpolitisch schädlichen Weg über Steuererhöhungen gehen. Diese Vorgehensweise verschafft nur kurzzeitig Luft in den Staatshaushalten. Wegen der deutlich höheren Dynamik der Ausgaben wird schon nach einigen Jahren erneut nachgesteuert werden müssen; umfangreichere und drastischere Konsolidierungsschritte wären die Folge. Erfahrungsgemäß sind Ausgabenkürzungen flankiert durch Eingriffe in die Leistungsgesetze nachhaltiger und Erfolg versprechender für den Konsolidierungskurs als Einnahmeerhöhungen.

Bemerkenswert ist, dass CDU, CSU und SPD zunächst – noch bevor die Bundesminister den Eid auf die Verfassung abgelegt hatten – den Haushalt 2006 schon verloren gegeben und die Verfassungswidrigkeit nach Artikel 115 GG eingeräumt haben, obwohl SPD, CDU und CSU mit dem hehren Ziel in die Koalitionsverhandlungen gegangen waren, für 2006 einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Mit der sprachlichen und rechtlichen Wendung und dem Hinweis auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts – ein Sachverhalt, der im Übrigen bestritten werden kann – ist aber nicht das Haushaltsproblem für 2006 abgewendet. Insgesamt 41 Mrd. Euro Neuverschuldung stehen rd. 23 Mrd. Euro an Investitionen gegenüber. Die große Koalition wird darlegen müssen, inwieweit die erhöhte Kreditaufnahme geeignet sein wird, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden. Dabei muss die durch eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verursachte erhöhte Kreditaufnahme final auf die Abwehr dieser Störung bezogen sein und ein mögliches Ungleichgewicht abwehren können. Es bleibt daher abzuwarten, ob und gegebenenfalls wie die große Koalition ihrer Darlegungslast nachkommen und die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts begründen wird.

#### 4. Priorität für Familien

Familienpolitik muss zu einer echten Querschnittsaufgabe deutscher Politik werden. Der Deutsche Bundestag bekennt sich zu dem Ziel, die Voraussetzungen für ein Leben mit Kindern zu verbessern. Es müssen schnell neue Akzente in der Politik für Familien mit Kindern gesetzt werden. Das, was Familien für den Lebensunterhalt und für die Erziehung von Kindern aufwenden müssen, soll von jeder Besteuerung freigestellt bleiben. Dazu muss ein einheitlicher Grundfreibetrag pro Familienmitglied eingeführt werden. Die Haushaltssanierung muss zu einer Generationenfrage gemacht werden. Es muss Schluss sein damit, dass Lasten von heute auf noch junge oder ungeborene Generationen verlagert werden.

Das Vorhaben der Koalition, das heutige Erziehungsgeld durch ein zwölfmonatiges, einkommensabhängiges Elterngeld zu ersetzen und die maximal dreijährige Elternzeit zu erhalten, ist grundsätzlich zu begrüßen. Die konkrete Umsetzung in Gesetzesform wird aber kritisch zu begleiten sein. Insbesondere ist wichtig, wie eine Benachteiligung von vor der Geburt nicht erwerbstätigen Elternteilen vermieden und in welcher Weise eine Budgetregelung die Wünsche der Eltern nach flexiblen, individuellen Lösungen berücksichtigt wird. Abzuleh-

nen ist, dass die Teilzeitregelungen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz unverändert bleiben sollen. Denn diese können zum Einstellungshemmnis für junge Frauen werden.

Der bestehende Kinderzuschlag soll laut Koalitionsvertrag ab 2006 so weiterentwickelt werden, dass der Berechtigtenkreis deutlich ausgeweitet wird. Transferleistungen für Familien sollen harmonisiert und organisatorisch in einer Familienkasse gebündelt werden. Der Grundgedanke, Leistungen effektiv, effizient und transparent zu organisieren und bedarfsgenaue Transfers zu leisten, ist grundsätzlich zu begrüßen. Bislang ist der Kinderzuschlag jedoch nicht sehr wirkungsvoll in der Bekämpfung von Kinderarmut und hoch bürokratisch. Es bleibt abzuwarten, ob dies künftig besser wird und ob die konkret noch zu planende Familienkasse tatsächlich eine zielgenaue Wirksamkeit, hohe Effizienz und Bürgerfreundlichkeit bringt.

Der in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene Erhalt des von der rot-grünen Koalition verabschiedeten Tagesbetreuungsausbaugesetzes (TAG), die bis 2010 vorgesehene Schaffung von 230 000 Betreuungsplätzen für unter dreijährige Kinder sowie die geplante Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ausübung der Tagespflege sind grundsätzlich zu begrüßen. Der Ausbau der Kinderbetreuungsangebote, besonders der Tagespflege, die Gebührenfreiheit und auch ein vorgezogener Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz sind wichtige Maßnahmen einer zukunftsorientierten Familienpolitik. Dabei ist allerdings zu betonen, dass die Finanzierung der neuen Betreuungsplätze i. H. v. 1,5 Mrd. Euro jährlich aus Einsparungen aus Hartz IV für die Kommunen nicht gesichert ist. Die Koalitionsvereinbarung hält aber an dieser Finanzierungsform fest. Stattdessen fordert der Deutsche Bundestag, die Kinderbetreuung als kommunale Aufgabe angemessen in der Neuregelung der Finanzen im Zuge der Föderalismusreform zu berücksichtigen. Da die Finanzreform in der Föderalismusreform jedoch von der Koalition vertagt wird, ist hier keine Lösung in Sicht.

##### 5. Innovationskraft Deutschlands stärken

Kluge Köpfe sind die wichtigste Ressource unseres Landes. Neue Ideen schaffen neue Produkte und neue Arbeitsplätze.

Bildung und Forschung müssen wieder in den Vordergrund rücken. Forschung im Dienst des Menschen benötigt Freiheit. Innovationen brauchen ein Klima des Aufbruchs und ein gesellschaftliches Umfeld, das wieder Zukunftsvisionen ermöglicht, sie fördert und zugleich auch akzeptiert. Ein hervorragend aufgestelltes Forschungssystem und die Spitzenforschung bilden die Grundlage für wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze.

Die jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) müssen bis 2010 schrittweise gesteigert werden. Bereits 2006 sollen die FuE-Ausgaben des Bundes um 520 Mio. Euro auf 9,48 Mio. Euro erhöht werden. Jährlich steigende Zuwächse sollen bis 2010 dazu führen, dass am Ende 11,9 Mrd. Euro pro Jahr durch den Bund für FuE eingesetzt wird. Ein Drei-Prozent-Anteil für FuE am Bruttoinlandsprodukt ist aber nur zu erreichen, wenn die Wirtschaft in die Lage versetzt wird, den Löwenanteil von rd. 2 Dritteln auch tatsächlich zu tragen. Dafür müssen Anreize geschaffen werden.

Die Qualität des deutschen Bildungswesens muss sich insgesamt verbessern. Dies wird nur gelingen, wenn die einzelnen Bildungseinrichtungen in einen Wettbewerb um die beste Ausbildung treten. Dazu brauchen sie das Recht der Selbstverwaltung, größere Personalautonomie sowie pädagogische und finanzielle Eigenverantwortung, aber auch übergreifende und durch unabhängige Institutionen garantierte Qualitätsstandards. Frühkindliche Bildung ist der entscheidende Faktor für die Chancengerechtigkeit am Start. Faire Chancen sind eine

Grundvoraussetzung, um Kindern aus allen sozialen Schichten eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Die geplante Föderalismusreform darf nicht zu Lasten der Hochschulen gehen. Besonders sie benötigen eine umfassende und garantierte Autonomie. Zur Bewältigung der großen Herausforderungen durch die steigenden Studierendenzahlen und den zunehmenden internationalen Wettbewerb müssen Hochschulförderprogramme auch mit Bundesbeteiligung möglich bleiben.

Die Berufsbildung muss sich weiter modernisieren. Die Weiterbildung muss in unserer älter werdenden Gesellschaft zur 4. Säule des Bildungswesens werden. Dafür sind neue Finanzierungsformen zu entwickeln. Die Möglichkeiten des eLearning müssen und können gerade in diesem Bereich durch Forschungs- und Erprobungsprogramme mit Nachdruck vorangetrieben werden.

Damit in Deutschland innovative Verfahren und Produkte entwickelt werden können, müssen die selbst auferlegten Denkblockaden beseitigt werden. Wir brauchen eine eigene Stammzellforschung, um Heilverfahren für degenerative Krankheiten einer älter werdenden Gesellschaft zu entwickeln, die grüne Gentechnik für die Schaffung leistungsfähiger Sorten für eine gesunde Ernährung und zur Schonung der Natur durch Einsparung von Pflanzenschutzmitteln, die Intensivierung der Forschung über die Nutzung nachwachsender Rohstoffe für eine stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ein ganzheitliches Reformkonzept für mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung zur Erneuerung Deutschlands vorzulegen und dabei insbesondere
2. die Vorschläge im Jahresgutachten 2005/06 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu berücksichtigen,
3. den Staatshaushalt konsequent durch Einsparungen bei Subventionen, Staatskonsum und Leistungen zu sanieren, auf konjunkturschädliche Steuererhöhungen zu verzichten und dem Deutschen Bundestag einen verfassungskonformen Haushaltsentwurf für das Jahr 2006 vorzulegen,
4. durch eine Steuer-Strukturreform, verbunden mit einer Absenkung der Steuersätze sowie durch eine zügige Reform der Unternehmensbesteuerung die Voraussetzungen für eine bessere internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen, für mehr wirtschaftliche Dynamik, mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze zu schaffen,
5. durch eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik und strukturelle Veränderungen bei der Bundesagentur für Arbeit den Faktor Arbeit für mehr Wachstum und Beschäftigung zu entlasten,
6. die notwendigen Reformen in den sozialen Sicherungssystemen im Hinblick auf die Finanzierbarkeit, die Nachhaltigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen umgehend anzugehen und zugleich die Kapitaldeckung gegenüber der Umlagefinanzierung zu stärken.

Berlin, den 29. November 2005

**Dr. Guido Westerwelle**  
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**